

Verantwortliche Redactoren
für den politischen Theil:
C. Junke,
für Familien und Vermischtes:
J. Koenner,
für den übrigen redaktionellen Theil:
H. Schmiedehaus,
kämmtlich in Posen.
Verantwortlich für den
Inseratenthail:
O. Korte in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Sechshundneunzigster

Jahrgang.

Interate
werden angenommen. In
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17, 9
ferner bei H. A. Schleg, Kohlen-
Dr. Gerber- u. Breiter-Edel.
Otto Kieck in Firma
J. Neumann, Wilhelmstraße 6,
in Gnesen bei S. Chraslawski,
in Breslau bei H. Matthies,
in Wreschen bei J. Jabsch
u. bei den Inseraten-Annahmestellen
von C. J. Janke & Co.,
Kasselerstraße & Jäger, Rudolf Meiß
und „Justizdruck“.

Nr. 868.

Mittwoch, 11. Dezember.

1889.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei
Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich
4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz
Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabe-
stellen der Zeitung, sowie alle Postämter des
Deutschen Reiches an.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren
Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten
Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bever-
zugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expi-
dition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für
die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Amliches.

Berlin, 10. Dezember. Der König hat dem Sanitätsrath
Dr. Heuser in Berlin den Charakter als Geheimer Sanitäts-
Rath und den praktischen Aerzten Dr. Oskar Schulze und Dr. Thorne,
ebenfalls in Berlin, den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Deutscher Reichstag.

34. Sitzung vom 10. Dezember, 12 Uhr.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt bei dem Etat der
Reichspost- und Telegraphenverwaltung.
Zu Kapitel 3 der Fortdauernden Ausgaben „Centralverwaltung“
Titel 1 „Staatssekretär“, liegen drei Resolutionen Dr. Baumbach
(Dfr.) vor: a) auf Aenderung des Portotarifs dahin, daß das Meist-
gewicht für einfach zu frankende Briefe höher als auf 15 Gramm
normirt wird, und daß der Tarif für Drucksachen im Gewicht von 50
bis 100 Gramm auf 5 Pfennig herabgesetzt wird; b) auf gleichmäßige
Normirung der Tage für Stadtbriefe auf 5 Pfennig; c) auf Herab-
setzung der Vergütung für Ueberlassung einer Fernsprechstelle in kleineren
Ortschaften.

Zur Begründung seiner ersten Anträge führt
Abg. Dr. Baumbach (Dfr.) aus: Der Etat des Reichspostamts ist
finanziell sehr günstig. Er hat einen Ueberschuß von 26 Mill. Mark.
Der Postetat gestaltet sich eben mehr und mehr zu einem Einnahme-
Etat, und der Standpunkt, daß die Post mehr als eine Verkehrsanstalt
als eine Einnahme-Einrichtung zu betrachten sei, wird allmählich ver-
lassen. Das Briefmarken-Porto stellt sich bereits dar als eine nicht
unbedeutliche Stempelabgabe, wird als gleichbedeutend mit indirekten
Steuern betrachtet. Jede Ausgabe für Verkehrsinteressen stößt darum
auf Widerstand, weil man die Posteinnahmen nicht herabmindern will.
Deshalb haben die Versuche auch wenig Aussicht, eine Erhöhung der
Beamtengelder herbeizuführen, weil man in Interesse der allgemeinen
Finanzlage die Posteinnahmen nicht vermindern will. Ich bin aber der
Meinung, daß es Zeit ist, auch unter Berringerung der Posteinnahmen,
Erleichterungen für den Verkehr zu schaffen, entsprechend der Bestim-
mung der Post als Verkehrsanstalt. Deshalb habe ich zunächst eine
Aenderung des Briefportos beantragt. Das Einfachste wäre, jeden
Brief mit zehn Pfennig zu tarifiern. So weit will ich aber jetzt noch
nicht gehen, sondern will der Regierung die Initiative überlassen.
Nebenfalls muß aber schon jetzt das Meistgewicht höher normirt werden.
Für den kleinen Mann ist die Normirung des Meistgewichts von 15
Gramm außerordentlich drückend. Denn die von ihm geschriebenen
Briefe auf grobem Papier, wobei ein gewöhnlicher Bogen schon einen
doppelten Brief giebt, sind gewöhnlich schwerer als 15 Gramm und
erfordern das doppelte Porto, durch einen höheren Gewichtszug werden
auch die Behörden entlastet. Die jetzt sehr häufige Briefe nachwiegen,
weil sehr viele Briefe eine Kleinigkeit mehr als 15 Gramm wiegen.

Betreffend die Tarification der Drucksachen wünsche ich in Ueber-
einstimmung mit zahlreichen Petitionen von Handelskammern eine
Zwischenstufe, wonach für Drucksachen im Gewicht von 50—100 Gramm
eine Gebühr von 5 Pf. festgesetzt wird. Ein Zwischenstuf besteht
bereits für den Westpostverein, wo für Drucksachen von 50—100 Gramm
auch nur 10 Pf. bezahlt werden, um so mehr müßte er für den deutsch-
österreichischen Verkehr gelten. Jetzt umgibt man vielfach die Bestim-
mung, um Porto zu sparen, indem man Kataloge z. B. in zwei Theile
zerlegt und jeden einzelnen versendet. Bei einem billigeren Tarif wür-
den die Kaufleute das nicht nötig haben, und sie würden zugleich die
Ausstattung der Kataloge und Preiscourante besser machen können.
Das bedeutet aber eine erhebliche Handelsunterstützung. Die Berliner
Konfektion z. B. verdankt ihre Blüte zum größten Theil der Verwen-
dung guter Kataloge. Ebenso hat sich in der Schweiz, in Belgien, in
Frankreich der Geschäftsverkehr durch das billigere Drucksachenporto er-
heblich gehoben. Der Ausfall würde bei uns im höchsten Fall 300 000
Mark betragen. Das läme aber doch nicht in Betracht gegenüber der
Aufgabe der Post als Verkehrsanstalt. Aber die Verminderung des
Portos wird einen solchen Aufschwung des Verkehrs zur Folge haben,
daß der finanzielle Ausfall mehr als gedeckt wird.

Weiter möchte ich die Einführung einer einheitlichen nationalen
deutschen Postmarke anregen. Das kann geschehen, ohne die bayerischen
und württembergischen Reservatrechte zu verletzen, die ich gar nicht an-
tafeln will. Man könnte z. B. von vornherein das Quantum von
Bayern und Württemberg contingentiren. Eine einheitliche Postmarke
würde es ermöglichen, überallhin in Deutschland kleine Geldsendungen
in Marken zu schicken. Die deutsche Einheit sollte doch endlich auch
für dieses Gebiet zur Wahrheit werden. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Das Reservat ist für Bayern
und Württemberg verfassungsmäßig garantiert. Deshalb muß die Ini-
tiative zu einer Aenderung Bayern und Württemberg überlassen wer-
den, und die dortigen Landtage sind das passende Forum zur Verhand-
lung darüber.

Die vorliegenden Anträge, sowohl die Herabsetzung der Portofäge
wie die zu einem andern Titel beantragte Erhöhung der Beamten-
gehälter erstreben Verbesserungen der Post, denen ich als Leiter der
Post nur zustimmen könnte. Als Vertreter der Regierung muß ich aber
einen anderen Standpunkt einnehmen. Wir können die Post nicht als
eine Einzelverwaltung mit individuellem Leben ansehen; die Postver-
waltung darf nicht als Staat im Staate betrachtet, sondern muß dem
allgemeinen Staatshaushalt untergeordnet werden. Trotzdem aber
stellen sich die Regierungen Verkehrsvereinigungen keineswegs grund-
sätzlich entgegen. In den letzten vier Jahren sind zahlreiche Verbesser-
ungen eingetreten, das Porto nach Australien und Afrika ist ermäßigt
worden, das Porto für die Landpakete ist von 30 auf 20 Pfennig, für
Telegramme auf dem Lande von 80 auf 60 Pf. herabgesetzt worden.
In den Kolonien, Kamerun, Südwest-Afrika etc. sind deutsche Post-
agenturen eingeführt worden; ferner haben erhebliche Ermäßigungen
der Telegraphengebühren von Deutschland nach dem Auslande statt-
gefunden infolge der internationalen Telegraphen-Konferenz. Die
Postverwaltung ist auch allgemein zweckdienlich gemacht worden,
wie der Unfallversicherung und Statistik; für den Verkehr mit Zins-
kupons, ebenso für die Durchführung der Münzreform, dergleichen hat
die Post einen großen Theil des Zustellens der einzelnen Be-
hörden übernommen. Ferner hat stattgefunden eine außerordentliche
Vermehrung der Verkehrsämter und Telegraphenanstalten, dergleichen

ist der Postbetrieb auf dem Lande außerordentlich vergrößert worden.
Im Jahre 1880 bestanden nur 3000 Postagenturen, 1888 12 000, 1889
15 000 Postanstalten auf dem Lande. Die Zahl der Landbriefträger ist
auf 25 000 gestiegen. Mit der Post auf dem Lande sind ca. 250 000
Personen befördert worden, gefahren werden jährlich auf dem Lande
40 Millionen Kilometer, gegangen 162 Millionen Kilometer; täglich
laufen sämtliche Beamten 482 000 Kilometer, sie laufen also täglich
12 Mal den Umfang der ganzen Erde am Aequator ab.

Die finanzielle Tragweite der Anträge ist überraschend groß, viel
größer, als der Herr Antragsteller annimmt. Der Antrag Baumbach,
betreffend höhere Normirung des Meistgewichts, bedeutet, wenn man
nur eine Erhöhung auf 20 Gramm annimmt, einen Ausfall von
2 187 000 Mark jährlich, auf Ermäßigung des Druckportos von 300 000
Mark; der Antrag, betreffend das Fernsprechwesen, ergibt einen Aus-
fall von 1 Million Mark; der Antrag über das Stadtbriefporto eben-
falls 1 Million Mark, der später zu beratende Antrag auf Erhöhung
des Wohnungsgelds der Unterbeamten wegen der Theuerungverhält-
nisse, der mir noch etwas unklar ist (Abg. Richter: Warten Sie doch
ab! Weiterkeit), ebenfalls 1 Million Mark; der Antrag Singer auf
Erhöhung der Beamtengehälter würde einen Ausfall von 2 Millionen
Mark ergeben, alles zusammen würde einen Betrag von 9 570 000
Mark ausmachen. (Hört! hört! rechts; Abg. Richter: Ist noch sehr
wenig! Weiterkeit.) Wenn man einmal die Gehälter erhöht, dann ist
es schwer, damit innezuhalten, und man müßte für die mittleren Be-
amten auch etwas thun. Das würde ungefähr sechs Millionen erge-
ben, also zusammen hätten wir einen Ausfall von 15 Millionen. Es
ist die Frage, ob wir in einem Zeitpunkt, wo so bedeutende Anfor-
derungen an das Reich herantreten, und die gesamte Finanzlage eine
äußerst ungünstige ist, auf einen Betrag von 9 bis 15 Millionen ver-
zichten können. Außerdem würde dadurch die Produktivkraft der
Post in der Einrichtung weiterer Anstalten u. s. w. gelähmt werden.
Jedenfalls würden wir erhebliche Kämpfe mit der Finanzverwaltung
zu bestehen haben.

Für die Spezialanträge kann man auch nicht geltend machen, daß
ihre Forderungen Bedürfnissen entsprechen, die mit Naturnotwendig-
keit sich geltend machen, und dann entsprechend wieder sich ebenso aus-
gleichen. Jene Millionen werden wir nicht ausgleichen können. Auch
unser Drucksachenverhältnisse liegen ganz anders, wie in anderen Län-
dern. Unsere Zeitungsportos sind schon jetzt recht niedrig. Aber bei
uns würde durch eine noch größere Herabsetzung ein bedeutender
Ausfall sich ergeben, als in den Nachbarstaaten, denn in Deutschland
erscheinen gegenwärtig die meisten Zeitungen in ganz Europa, nämlich
5500, darunter 800 tägliche, dagegen in England nur 3000, in Frank-
reich nur 2819, in Italien 1468; ebenso erscheinen in Oesterreich, in
Spanien, in Aken und Amerika weniger Zeitungen als bei uns. In
der ganzen Welt kommen auf 82 600 Personen je eine Zeitung. Auch
sonst stellen die Verhältnisse die Kosten der Befellungen zc. in anderen
Ländern niedriger als bei uns. Daß das jetzige Drucksachenporto nicht
gar zu hoch sein kann, geht daraus hervor, daß der Drucksachenverkehr
augenommen hat. Uebrigens würden die alten Bestimmungen auch bei
dem Zwischenstuf bestehen, man würde auch da durch Theilung der
Drucksachen in verschiedene Sendungen am Porto sparen können.

Bei dem finanziellen Effekt darf man auch nicht außer Acht lassen,
daß bei der Verbilligung eine erhebliche Beamtenvermehrung not-
wendig werden wird, namentlich wenn auch der spätere Antrag Schmidt,
das ländliche Paketporto dem städtischen gleichzumachen, durchgeführt
würde. Neben einem Ausfall von 737 262 Mark würden die länd-
lichen Briefträger dann alle Pakete den Leuten ins Haus bringen
müssen, und dazu würde die jetzige Landbriefträgerzahl nicht ausreichen.
Die erhöhte Drucksachen-Verwendung würde in gleicher Weise eine
Vermehrung der Beamten und der Aufwendungen für diese bedingen,
also mit Rücksicht auf die Finanzlage und aus postalischen und tech-
nischen Gründen kann ich dem Hause nicht die Annahme der Anträge
empfehlen.

Präsident v. Levetzow ersucht, bei den folgenden Debatten sich
nur auf Tit. 1 und die dazu vorliegenden Anträge zu beschränken und
nicht auch die folgenden mitzubespochen.

Abg. Kalle (nl.): Ich stehe dem zweiten Theil des ersten An-
trages Baumbach sympathisch gegenüber, dessen Annahme ich im
Interesse zahlreicher Kreise kleiner Geschäftleute und Handwerker em-
pfehle. Der Einnahmeausfall ist ja auf keinen Fall bedeutend und
wird eingeträchtigt durch den erhöhten Verkehr um so mehr, als dann
mehr Drucksachen zu 5 Pf. Porto als jetzt zu 3 Pf. befördert werden,
und bei den letzteren mehr verdient wird. Die Sendungen zwischen
50 und 100 Gramm haben ja auch schon so sehr zugenommen.

Staatssekretär v. Stephan: Gerade die Zunahme des Druck-
sachenverkehrs beweist, daß es nicht nötig ist, das jetzige Porto zu
ermäßigen. Am allerwenigsten kann ich auf die Ermäßigung des
Drucksachenportos eingehen.

Abg. Schrader (Dfr.): Daß Bayern und Württemberg in der
Verfassung Reservatrechte haben, ist kein Grund, immer daran fest-
zuhalten. Wenn eine Bestimmung der Verfassung mit den allgemeinen
Zwecken nicht mehr in Einklang ist, dann kann sie abgeändert
werden. Das haben Sie ja auch bei der Aenderung der Legislatur-
periode gethan.

Wir erkennen die Leistungen der Post auf dem Gebiete der Ver-
kehrsvereinigungen an; aber die Verkehrsvereinigungen entspringen ent-
weder auf den internationalen Verkehr oder auf den Verkehr des platen
Landes. Unerkennbar geblieben ist der große gedringende
Verkehr der Städte, also gerade der Hauptverkehr. Trotzdem die
Post in dankenswerther Weise ihren Betrieb ausgedehnt hat auf die
gemeinnützigen Einrichtungen, wie Unfallversicherung u. s. w. hat sie
erhebliche Ueberschüsse auszuweisen. Die Frage ist, ob sie immer wei-
ter als Geldinstitut benutzt werden soll oder aus den vorhandenen
Mitteln noch weitere Verkehrsvereinigungen in der Richtung der An-
träge geschaffen werden sollen. Einzelheiten in den Anträgen genauer
zu bestimmen, überlassen wir der Ermäßigung der Verwaltung, aber die
Stellen, an denen etwas geschehen kann, sind richtig bezeichnet. Die
Ausfälle belaufen die Post auch nicht so sehr, wie aus dem zahl-
reichen Gesamtergebnis dieser Ermäßigungen hervorgehen könnte,
wenn man erwägt, daß unsere Anträge doch nur den Weg andeuten,
auf welchem die Postverwaltung allmählich zu einer Ermäßigung ge-
langen kann, und wenn diese Ermäßigungen nach und nach eingeführt
werden, so werden sie auch nicht von solcher Bedeutung auf das
finanzielle Ergebnis des Postetats sein. Es handelt sich aber um ge-

wisse Verkehrsvereinigungen, die in gewissem Sinne eine Verkehrsver-
mehrung bedeuten werden und somit innerhalb kurzer Zeit das Defizit
ausgleichen werden. So zum Beispiel glaube ich, daß bei den Druck-
sachen eine starke Vermehrung eintreten würde. Ebenso werden mir
alle Berliner zustimmen, daß eine Vermehrung der Einnahmen aus
dem Briefporto sich ergeben würde, wenn das Briefporto von 10 auf
5 Pfennig herabgesetzt würde. Jeder von uns weiß, wie stark die
Paketfahrt in Anspruch genommen wird, und von dieser Beförderung
wird sicherlich ein Theil der Staatspost zu Theil werden, wenn diese
Ermäßigung durchgeführt wird.

Es ist also in der That keines der von dem Herrn Staatssekretär
hervorgehobenen Bedenken von irgend welcher durchschlagender Be-
deutung. Es würden durch die Tarifermäßigungen nicht so große
Ausfälle entstehen, daß durch dieselben die Reichs- und Finanzver-
waltung irgendwie in Verlegenheit käme. Und selbst, wenn wirklich
1 oder 2 Millionen ausfallen würden, würden sie zweifellos durch den
steigenden Verkehr ausgeglichen werden.

Die Postverwaltung sollte dazu übergehen, auf dem Gebiete der
Portotagen allgemeine Ermäßigungen einzuführen. Dadurch werden
Sie dem Lande einen Dienst erweisen, und auch der Post einen Dienst
erweisen, indem Sie ihr größere Einnahmen verschaffen. Ich empfehle
die von unserer Seite in Bezug auf die Portotagen gestellten Anträge
zur Annahme. (Beifall.)

Abg. Wermann (nl.): Für den ersten Theil des Antrages
Baumbach liegt ein Bedürfnis nicht vor; auch in der Hamburger
Handelskammer ist diese Meinung garnicht vertreten worden. Ich bin
auch nicht überzeugt, daß gerade der kleinere Briefschreiber einen be-
sonderen Nachtheil aus dem jetzigen Portofuß hat. Eine einheitliche
Briefmarke aber sollte wirklich geschaffen werden. Die besonderen
bayerischen und württembergischen Briefmarken sind eine wirkliche
Anomalie im deutschen Verkehr. Das bildet ein Verkehrshinderniß,
namentlich für Ausländer. Wenn z. B. ein Ausländer auf Reisen in
Bayern eine deutsche Fremdwärte aufweist, gilt der Brief für unfrankirt,
trotzdem man dieselben Marken in Shanghai und Afrika benutzen kann.
Selbstverständlich wollen wir kein Reservatrecht antasten, aber hier
sprechen doch so sachliche Gründe für eine Einigung, daß ich dringend
dieselbe empfehle.

Wie beim Eisenbahnwesen ist auch bei der Post sehr wichtig die
Frage der Einheitszeit, besonders bei der Zeitberechnung der Tele-
gramme. Nach der einheitlichen Zeit wird auch das gesammte bürger-
liche Leben rechnen müssen. In Bezug auf das Drucksachenporto stimme
ich mit Herrn Kalle überein.

Bayerischer Bevollmächtigter Graf Lerchenfeld: Bestimmungen
der Verfassung können zwar abgeändert werden, aber Reservatrechte,
die in der Verfassung garantiert sind, nicht einseitig vom Reichstag ohne
Zustimmung des Einzelstaates aufgehoben werden. Für Bayern und
Württemberg ist ein eigener Antheil aus den Einnahmen der Reichspost
garantirt. Diese getrennte Berechnung der Einnahmen führt natür-
gemäß zur Verschiedenheit der Postwertheisen. Die bayerische
Regierung würde ihre eigenen Einnahmen nicht trennen können
von den Einnahmen des Reiches ohne die eigenen Postwertheisen.
Die Unbequemlichkeiten verschiedener Wertheisen sind zwar vor-
handen, aber nicht so groß, daß die Sicherheit des Verkehrs etwa
darunter leidet.

Abg. Dr. Hartmann (loni): So wünschenswerth eine Einheits-
marke auch ist, kann der Reichstag das Reservatrecht einzelner Staaten
ohne ihre Zustimmung doch nicht aufheben. — Betreffs der Anträge
scheint mir die erste Aufgabe zu sein, die Lage derjenigen zu ver-
bessern, welche den günstigen Postetat herbeizuführen haben, dann erst
die Gegenleistungen des Publikums zu vermindern. Die Erleichterung
durch Erhöhung des Meistgewichts von Briefen ist eine so minimale
(Sehr wahr! rechts), daß ein Ausfall von 2 Millionen ihrerwegen
nicht gerechtfertigt wäre. Es ist gar nicht richtig, daß gerade der
kleine Mann so bedeutenden Vortheil von dieser Erleichterung haben
würde, denn der hat mit Schreiben nicht viel zu thun (Sehr wahr
rechts). Herr Baumbach buhlt um die Gunst des kleinen Mannes,
auf welchem Wege wir ihm nicht folgen wollen (Sehr wahr!
rechts). Wir fürchten außerdem eine Vermehrung des bei den Be-
hörden einlaufenden Schreibverkehrs. Deshalb werden wir gegen den
Antrag stimmen.

Abg. Kuhlmann (nl.): Das Reservatrecht darf natürlich nicht
angestastet werden, aber innerhalb dieses bestehenden Rahmens liegen
sich doch vielleicht Verbesserungen des Verkehrs ins Auge fassen. —
Ich richte die Anfrage an die Regierung: besteht die Verfügung, daß,
wie es mir in meinem Amtsbezirk begegnet ist, jetzt Zustellungen an
Beamte nicht durch Postbeamten erfolgen können, sondern man dazu
die Mitwirkung des Gerichtsvollziehers notwendig hat?

Beheimrath Fischer: Ich bedauere, daß der Herr Abgeordnete
nicht vorher von diesem Punkt Kenntniß gegeben hat. Wir ist bis jetzt
eine derartige Beschwerde nicht zugegangen, und ich kann daher im
gegenwärtigen Augenblick keine Auskunft darüber geben.

Abg. Dr. Bärklin (nl.): Ich bin in der Frage der Einheits-
marke der Auffassung des bayerischen Bevollmächtigten, daß die Auf-
hebung der Reservatrechte nicht ohne Zustimmung der bayerischen
Regierung eintreten kann, aber der Reichstag kann doch wohl einen Wunsch
nach Einführung der Nationalmarke aussprechen. (Sehr wahr! links.)
Auch der bayerische Raupenhelm ist abgeschafft worden aus der Initi-
ative der bayerischen Regierung heraus.

Abg. Febr. v. Stumm (Reichsp.): Ich halte die Einführung der
Einheitszeit im bürgerlichen Leben nicht überall für durchführbar, weil
man sich besonders auf dem Lande auch Sonnenauf- und Untergang
richtet. Der Antrag Baumbach auf Erhöhung des Meistgewichts für
Briefe entspricht durchaus nicht den Interessen der kleinen Leute. Ge-
rade das Umgekehrte ist der Fall. Das Drucksachenporto ist schon zu
niedrig, denn jetzt können die Handlungshäuser in großen Städten mit
ihren Preiskuranten die kleinen Städte und das Land überschwemmen,
so daß die kleinen Händler auf dem Lande die Konkurrenz nicht aus-
halten. Ich erkläre mich deshalb gegen den Antrag.

Abg. Baumbach (Dfr.): Der erste Theil unseres Antrages ist
besonders mit Rücksicht auf solche ärmeren Leute gemacht, welche Ein-
gaben an die Behörden zu machen haben. — Ich wiederhole, ein
Institut, wie die Reichspost, hat in erster Linie dem allgemeinen Ver-
kehr zu dienen und erst in zweiter Linie den Reichsfinanzen, der Ver-
kehr mit Drucksachen wird sich aber sicher so bedeutend heben, daß der Aus-

Fall an Postgebühren durch die Ermäßigungen ausgeglichen werden wird.

Mit der Amegung beschäftigen wir nicht, die württembergischen und bayerischen Reservatrechte anzutasten. Aber doch habe ich auch in Süddeutschland Leute kennen gelernt, die sich gegen die Einführung der Reichspost auch dort nicht so ganz ablehnend verhielten. Das Reservatrecht der Staaten an eigenen Einnahmen wird absolut nicht angefasst. Die Einnahmestellen werden durch Kaufschlüsselsetzung vorher kontingiert. Auch im bayerischen Landtag ist die Sache bereits verhandelt worden, und der Minister von Crailsheim hat sich nicht unfreundlich zu dem Kontingierungsgedanken gestellt. Auch das bayerische Reservatrecht beim Branntwein ist ja beseitigt worden.

Abg. Boermann: Die Einheitsmarke kann bei gutem Willen auf beiden Seiten sehr gut durchgeführt werden. Jedenfalls liegt die Einheit im Interesse des ganzen Deutschen Reichs. In der Frage der Einheitszeit muß ich dem Freiherrn von Stumm widersprechen, daß die einheitliche Regelung nicht viel praktische Bedeutung für das bürgerliche Leben habe. Gerade für das praktische Leben ist die Einheitlichkeit der Zeit von höchster Bedeutung, namentlich in Betrieben, sowohl in industriellen wie ländlichen.

Papierlicher Bevollmächtigter Graf von Verchenfeld wiederholt seine Erklärung, daß die finanziellen Rechte Bayerns über eigene Einnahmen aus der Post schwerlich ohne eigene Postwertzeichen aufrecht erhalten werden könnten.

Auf eine Anfrage des Abg. Menzer (konf.) erklärt Geheimrath Fischer, daß die Bestimmungen für den Sonntagsdienst sich auf die allgemeinen gesetzlichen Feiertage nach der jedesmaligen Landesliste erstrecken, und es gelten allgemein als Feiertage diejenigen Festtage, die beiden Konfessionen gemein sind, also die ersten und zweiten Tage der drei größten Kirchenfeste und der Stephanstag. (Weiterleit.) In Landstrichen mit ausschließlich katholischer Bevölkerung kommt dazu Frohnleichnam, bei vorwiegend evangelischer Bevölkerung der Charfreitag. Landbriefbestellungen sind an diesen Tagen überall in Deutschland ausgeschlossen.

Abg. Schulz (Lupis) spricht sich für den Antrag auf Erhöhung des Reistgewichts auf 15 Gramm aus, der im Interesse der ländlichen Bevölkerung liegt, wo oft für einen kleinen Ueberschuß von 10 Gramm das doppelte Porto bezahlt werden müsse. Das Strapasso sei überhaupt abzuschaffen.

Abg. Siegle (nl.) glaubt, daß die Einheitsmarke bei einigem guten Willen der bayerischen Regierung und des Landtags entsprechend den Wünschen des Reichstags eingeführt werden könne.

Nach unerheblicher weiterer Debatte wird der Antrag Baum bach sub 1 und 2 gegen die Stimmen der Freikämmerer, der Sozialdemokraten und einiger Nationalliberalen abgelehnt.

Die besondere Verabredung der beiden anderen Anträge erfolgt erst bei den Einnahmen.

Zu Tit. 21 „Postbeamte verschiedener Kategorien“ wünscht Abg. Dr. Baum bach (fr.), daß mit der Einziehung von Postsekretärsstellen inne gehalten werde. Eine Reihe von Postsekretären habe keine Aussicht auf Avancement und müßten in der Stelle erhalten werden, da sie die Vorbildung für andere Stellen nicht hätten.

Zu Tit. 23 „Vorsteher von Postämtern dritter Klasse“ tritt

Abg. Schmidt (Oberfeld, fr.) für eine bessere Dotierung der Vorsteher solcher Postämter ein, die ein gleiches Gehalt wie die Oberassistenten beziehen müßten. Ein Schritt zur Aufbesserung sei in diesem Etat erfreulicher Weise schon geschehen.

Geheimrath Dr. Fischer bemerkt, daß von Jahr zu Jahr den Postverwaltern Gehaltszulagen gewährt und daß weitere Aufbesserungen als abgeschlossen nicht zu betrachten seien.

Zu Tit. 29 „Telegraphengehilfen“ weist

Abg. Dr. Baum bach (fr.) darauf hin, daß man mit der von seiner Partei früher lebhaft beärgerten Anstellung weiblicher Beamten erfreuliche Resultate gehabt habe. Man fange sogar an, männliche Beamte durch weibliche zu ersetzen. Das könne er aber nicht billigen, wenn man aus Billigkeitsrückichten männliche Beamte entläßt, um weiblichen Platz zu machen. Namentlich seien deshalb nach seinen Informationen die Telegraphenbeamten in Berlin in große Unruhe versetzt. Diese Beamten seien ihrem aufstrebenden Berufe in vollem Umfang gerecht geworden, und es wäre eine große Unbilligkeit, einen Theil dieser meist verheirateten Beamten zu entlassen, um billigere weibliche Kräfte zu bekommen. Allerdings hätten sich die höheren weiblichen Stimmen als besser qualifiziert zum Fernsprechsdiens erwiesen als die männlichen, aber das dürfe nur zu einer vermehrten Anstellung weiblicher Beamten, aber ohne Entlassung der männlichen Kräfte führen.

Geheimrath Dr. Fischer erklärt, es sei nicht die Absicht der Postverwaltung, die männlichen Beamten aus dem Fernsprechsdiens zu entlassen, um weiblichen Beamten Platz zu machen. Die höher liegende weibliche Stimme eigne sich besser zur Verständigung im Fernsprechsdiens, und deshalb habe man Versuche gemacht. Die bisherigen männlichen Beamten sollten aber darum nicht entlassen werden.

Zu Titel 25 bis 28 „Unterbeamte“ liegt ein Antrag Singer vor, das Minimalgehalt von 800 auf 850 M., das Durchschnittsgehalt der Postträger, Stadtpostboten und Telegraphenleitungsaufsicher ebenfalls von 800 M. auf 850 M. und das Durchschnittsgehalt der Landbriefträger von 650 M. auf 700 M. zu erhöhen und die Summe der Titel entsprechend höher zu bemessen.

Abg. Frhr. v. Dö (Rp.) beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob nicht die Gehälter für die unteren Beamten einer Erhöhung zu unterliegen seien.

Ein Antrag Richter-Schrader (fr.) verlangt den Reichskanzler zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht der Wohnungsgeldzuschuß für die unteren Beamten den Verhältnissen entsprechend zu erhöhen ist.

Abg. Singer (Soz.): Die Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten ist für mich wichtiger als die Anträge auf Erhebung des Briefpostos. Es handelt sich bei meinen Anträgen um 2 Mill. Mark, deren Ausfall aber gegenüber einem Ueberschuß von 26 Millionen nicht allzu sehr ins Gewicht fällt. Keine Verwaltung knappt so sehr an den Gehältern der unteren Beamten, wie die Postverwaltung, obwohl gerade hier die Unterbeamten durch Pünktlichkeit, Buntlichkeit, Gefälligkeit, die Hauptsache zu den Erfolgen der Post beigetragen haben. Ich wünschte, daß die unteren Postbeamten sich gegen das Publikum ebenso höflich und freundlich wie die Postbeamten zeigten. Die Erhöhung des Minimalgehalts von 800 auf 850 M. ist schon notwendig durch die allseitig gegebene Steigerung der Lebensmittelpreise. Hat doch die Erhöhung der Zivilliste auch ihren Grund in der Lebensmittelerhöhung. Gerade die Unterbeamten empfinden die Vertheuerung der notwendigen Lebensmittel am meisten, weil sie gebunden sind an die Anstellungsbedingungen und nicht wie die Arbeiter aus eigener Kraft höhere Löhne erzwingen können. Dabei ist ihre dienstliche Thätigkeit eine sehr anstrengende, ohne viel Sonntagsruhe. Die Erhöhung des Postals durch unseren Antrag ist bei unserem Willkürsystem ohne Bedeutung. Wir können auch nicht wünschen, daß die Reichsbeamten schlechter gestellt sind, als die Beamten der Einzelstaaten. Die bayerischen Postunterbeamten sind erheblich besser gestellt, ungefähr um ein Drittel. Unmöglich können Reichsbeamte bei der kräftigeren Finanzlage des Reichs schlechter stehen, als Landesbeamte bei ungünstigerer Finanzlage des Einzelstaates. Die jetzt von der Regierung vorgeschlagene Zulage von 10 M. pro Jahr ist absolut unzulänglich, und dieser Vorschlag kann im Lande sehr mißverstanden und mit einem neueren parlamentarischen Ausdruck bezeichnet werden, der zwar von einem Bundesrathsmittglied eingeführt ist, den ich aber gegen den Staatssekretär nicht zu gebrauchen wage. (Weiterleit.) Die Leute müssen ein einigermaßen anständiges Auskommen gewährt bekommen, damit sie keine Schulden machen, und bei den großen Summen, mit denen sie es zu thun haben, nicht zur Untreue verleitet werden. Das Weihnachtsgeschenk von 50 M. Zulage wird in der erhöhten Pünktlichkeit Zinsen tragen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Richter: Der Herr Staatssekretär hat bereits bei Beginn der Beratung seine Verwunderung über den Inhalt unserer Anträge ausgesprochen, ohne daß er unsere Begründung gehört hat. Besonders schön war das nicht. Er hat in seiner Erwiderung gleich über alle Anträge gesprochen, als ob er langathmige Verhandlungen fürchtet. Er hat durch die Länge seiner Rede zur Abklärung der Debatte nicht beigetragen, „Hocions Neben sind wie Cyressen. Sie sind schön und lang, aber sie tragen keine Früchte.“ Dieses klassische Citat ist dem Herrn Staatssekretär vielleicht bekannt, denn er hat es selbst an einer anderen parlamentarischen Stelle angewandt. Der Staatssekretär sagt, die Anträge richteten sich auf Vereinfachungen und auf Gehaltserhöhungen, gegen beides liegen sich finanzielle Einwendungen machen. Nun, man soll das eine thun und das andere nicht lassen. Das Geld ist vorhanden, um alle Anträge zu erfüllen, wenn man es nur finden will. An einer anderen parlamentarischen Stelle hat der Staatssekretär gesagt, daß die Ressorts sich bei der Verantwortung von Wünschen nach Gehaltsaufbesserungen der Beamten einer gewissen Regel zu bedienen pflegten. „Die Rede beginne mit einem Dank für die Anregung der Abgeordneten, das Interesse der Verwaltung für die Beamten werde als lebendig geschildert: die Vereinfachung folge, daß den begründeten Forderungen Genüge geleistet würde, und endlich, daß die Frage schon längst ins Auge gefaßt wäre, aber daß augenblicklich kein Geld vorhanden sei. Er bedauere seine Kollegen vom Regierungstisch, daß sie ganz dieselbe Melodie immer in derselben Weise herleiten müßten und möchte vorschlagen, ob man dazu nicht einen Phonographen aufstellen könne, der diese Sätze einfach her sagt.“ Die erste Besprechung unserer Anträge in seiner Einleitungsrede scheint mir der Staatssekretär nach diesem Schema gearbeitet zu haben (Weiterleit links.) Aber auf die Gefahr hin, daß in weiterer Entwicklung jenes Schemas die Anwendung des Phonographen sich nöthig machen könnte, muß ich doch auf eine sachliche Begründung meines Antrages im Einzelnen eingehen.

Auf die allgemeine Vertheuerung auf Gehaltsaufbesserung der Beamten im Reich und in den Einzelstaaten dürfen wir uns nicht einlassen. Der Beamte, der auf die Erfüllung dieser allgemeinen Versprechungen wartet, könnte älter werden als Methusalem und hätte dennoch das Nachsehen. Es ist ja richtig, daß in den einzelnen Thronreden diese allgemeine Aufbesserung von Besoldungen ausgesprochen ist. Aber diese Versprechungen sind nicht erfüllt, wie viele andere nicht erfüllt worden sind, obgleich der damalige Reichstagsabgeordnete v. Puttkamer, den wir demnächst als Führer der Kartelparteien erscheinen sehen werden, damals ausgesprochen hat, daß die Nichterfüllung derartiger Versprechungen ein Stoß ins Herz des monarchischen Prinzips ist. Ich muß anerkennen, daß mit der Verstaatlichung der Eisenbahn und mit der Ausbildung des indirekten Steuersystems die Zahl der Beamten so vermehrt worden ist, daß durch die große Zahl von Millionen, die bei einer Gehaltsaufbesserung in Betracht kämen, diese auf einmal in Angriff zu nehmen, gewisse Schwierigkeiten haben würde. Es wurde deshalb geantwortet, man würde lassenweise vorgehen, und in der That ist der Anfang dazu gemacht. Man ist zunächst im Abgeordnetenhaus dazu übergegangen, Gehaltszulagen für die Unterstaatssekretäre zu verlangen. Das Abgeordnetenhaus hat aber diesen Antrag einstimmig zurückgewiesen, und in der That, wenn man heruntersteigen würde von den Unterstaatssekretären abwärts, so würde man zuletzt dazu kommen, wo das Bedürfnis am größten ist. Ich bin deshalb der Ansicht, daß man in den einzelnen Fällen bei einzelnen Kategorien mit bestimmten Anordnungen vorgeht, und daß man dann die Mittel zur Abhilfe zu finden sucht, ohne ein Präjudiz zu schaffen, um wenigstens nicht durch die Vertheuerung auf eine allgemeine Aufbesserung die Angelegenheit überhaupt ins Stocken gelangen zu lassen. Mir erscheint mein Antrag im Gegensatz zu dem des Abg. Singer um deswillen vorzuziehen zu sein, weil bei einem Wohnungsgeldzuschuß sich eine Erhöhung weit besser durchführen läßt, als bei der Forderung einer allgemeinen Veränderung der Gehälter. Eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses ist deshalb auch besser, weil das System des Wohnungsgeldzuschusses es gestattet, je nach den verschiedenen Orten und den verschiedenen Vertheuerungsverhältnissen entsprechende Abhilfe zu schaffen. Es ist ein Spielraum gegeben, das vorhandene Bedürfnis entsprechend auszugleichen. Diese Erhöhung ist nothwendig angesichts der Vertheuerung nothwendiger Lebensmittel, die seit diesem Jahre wieder stärker hervorgetreten ist.

Das System unserer Wohnungsgeldzuschüsse datirt von 1873. Ihr Tarif wurde damals mit einer gewissen Eile hergestellt und hat deshalb von Hause aus Mängel. Man ahnte damals dem bestehenden Servistatist des Militärs nach, und die vier untersten Kategorien von Beamten stimmten auch in Bezug auf den Wohnungsgeldzuschuß mit dem Servis der Militärs bis zum Feldwebel überein. Aber der Unterschied zwischen den Lebensverhältnissen der Unterbeamten und der Subalternbeamten ist durchaus nicht so groß, wie zwischen dem Feldwebel und dem Hauptmann. Der Hauptmann hat eine gewisse Repräsentation zu leisten in Bezug auf seine Wohnung u. s. w., und deshalb ist auch sein Wohnungsgeldzuschuß nach dem des Majors bemessen. Bei den Subalternbeamten ist das nicht der Fall, und dann ist auch der Feldwebel mit dem Unterbeamten nicht zu vergleichen, weil die Feldwebel sich meist in jüngeren Jahren befinden und sich nicht verheiratet sind oder doch nicht eine große Familie haben. Die frühere Feststellung der Sätze ist also nicht berechtigt.

Ferner kommt in Betracht, daß je geringer das Einkommen ist, einen um so höheren Prozentsatz die Miete in Anspruch nimmt. Weiter spricht für eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses der Unterbeamten, daß die Vertheuerung der nothwendigen Lebensmittel einen verhältnismäßig größeren Betrag in Anspruch nimmt vom Einkommen der unteren Beamten als von dem der oberen Klassen. Die Otkoberpreise, die die Militärverwaltung für Fourage und Verpflegung zahlt, stehen für das ganze Jahr berechnet 5 Mill. Mark höher, als der Durchschnitt der letzten 10 Jahre. Wenn sich der Etat der Militärverwaltung so um Millionen verteuert, wird der Haushalt des kleinen Beamten durch diese Vertheuerung ebenfalls schwer belastet. Die Kornzölle, die das Brot, das täglich verzehrt wird, verteuern, bedeuten für eine Unterbeamtenfamilie eine Belastung von 50 Mark jährlich. Rechnet man dazu die Vertheuerungen aus anderen Zöllen und neuen Steuern, so wird der Haushalt von Personen dieser Klasse um jährlich 100 Mark höher belastet. Das alles geschieht, um dem Reich neue Einnahmen zuzuführen. Die Steuerbewilligungen sind dem Bedürfnis in hohem Maße vorausgeeilt.

Der Ausfall an Einnahme bei Annahme unserer Anträge ist von dem Staatssekretär nicht richtig berechnet worden. Die Posteinnahmen der Postverwaltung würden allein um 4 Millionen Mark höher zu schätzen sein, wenn man für die Ansätze derselben den Durchschnitt in Anschlag bringt, um den thatsächlich im Durchschnitt der drei letzten Jahre die Posteinnahmen gewachsen sind. Man hat geglaubt, aus den Ergebnissen der ersten Monate des laufenden Jahres annehmen zu müssen, daß der Etat in seinen Einnahmen zurückgeblieben ist. Aus den späteren Einnahmen ergibt sich aber, daß der Etat um mehrere Millionen höher zu berechnen ist.

Wie verchieden geht zudem die Regierung bei Beurtheilung der Finanzlage vor! Wenn es sich darum handelt, für Ostafrika in einem Jahr 4 Millionen zu beschaffen, so sind gar keine finanziellen Schwierigkeiten vorhanden. Sobald aber 300 000 Mark für nothwendige Vereinfachungen und einige Millionen für Beamtengehälter ausgegeben werden sollen, da heißt es gleich, die finanzielle Lage erlaubt es nicht. Zu gleicher Zeit denkt man wieder an Neuforderungen für eine weitere Dampferlinie, da giebt man das Geld mit vollen Händen aus, und hier lacht man mit wenigem.

Ich zweifle nicht, daß mein Antrag auch Konsequenzen für die Beamten anderer Verwaltungen nach sich ziehen wird, aber ich hielt es für meine Pflicht, zunächst hier, wo es sich um Reichsbeamte han-

deln, vorzugehen. Natürlich wird die Folge sein, daß man auch in den Einzelstaaten mit entsprechenden Veränderungen vorgehen muß. Das ist gerade jetzt z. B. bei der Eisenbahnverwaltung sehr leicht möglich, angesichts der kolossalen Ueberschüsse, die es sehr wohl ermöglchen, die erforderlichen Mittel im Eisenbahnetat der Einzelstaaten flüssig zu machen. Sachen hat es doch auch möglich gemacht, für alle Beamten mit einem Einkommen bis 3000 Mark 5 Prozent des Einkommens als Vertheuerungszulage zu geben. Was Sachen kann, kann Preußen auch. Und dabei ist noch nicht einmal in Betracht gezogen, daß die Matrikulareinnahmen für das Reich künstlich zu hoch berechnet sind, weil die Einnahmen des Reiches in Wirklichkeit ohne Scheu 20 bis 30 Millionen höher gerechnet werden können; der Getreidezoll wird doch über 100 Millionen Mark einbringen. Und da will man noch sagen, die Finanzlage ermöglche es nicht, denjenigen, welchen das tägliche Brot um 50 Mark verteuert wird, aus der Reichskasse dafür zurückzuzahlen! Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, und wenn der Herr Staatssekretär nur den Weg einschlagen will, dann wollen Sie es einfach.

Damit nicht bei der Abstimmung über die verschiedenen Anträge, die ja im Prinzip alle dasselbe wollen, eine Konkurrenz entstehen könnte und dadurch der eine oder andere Antrag zu Falle kommen könnte, schlage ich für meinen Antrag die Kommissionsberatung vor. (Beifall links.)

Hierauf verlegt sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung; Etat der Reichsdruckerei.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

*** Berlin, 10. Dezbr. Die Institution der Weißbücher, deren Inhalt sich bisher ausschließlich auf die auswärtige, namentlich die Kolonialpolitik bezog, scheint nunmehr auf Gegenstände der inneren Politik ausgebeugt zu werden. Freilich bietet das heute dem Reichstage zugegangene Weißbuch über das Schweine-Einfuhrverbot vom Juli d. J. kaum mehr als eine amtliche Zusammenstellung des Materials. Wer erwartet hat, diplomatische Enthüllungen zu finden, wird die ziemlich starke Druckfäule mit einiger Enttäuschung aus der Hand legen. Wenn der Reichstag nicht so nahe vor seiner Vertagung stände — dieselbe soll angeblich schon Donnerstag erfolgen — so möchte man annehmen, daß die Vorlage des Weißbuchs den Zweck habe, dem Reichstage eine offizielle Unterlage zur Diskussion über die Ausschließung der deutschen Vieheinfuhr auf dem englischen, belgischen und französischen Markt zu geben, um dadurch einen Druck zunächst auf die Entschließung der englischen Regierung auszuüben. Indessen wenn die Regierung Wünsche dieser Art hat, so wird sie sich bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages im Januar gedulden müssen. Bei der gegenwärtigen Besetzung des Reichstags und der täglich stärker hervortretenden Arbeitsmüdigkeit desselben ist an dergleichen Verhandlungen kaum noch zu denken. Man wird froh sein, wenn es gelingt, die zweite Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Stats soweit zu Ende zu führen, daß für die Zeit nach den Ferien nur noch die zweite Beratung des Militär- und Marinegesetzes zurückbleibt. Diese Geschäftslage ist nicht am wenigsten Schuld daran, daß es den Freisinnigen gelungen ist, alle ihre Verbesserungsanträge zum Postetat, die sich wesentlich auf Gehaltserhöhung und dgl. bezogen und die in früherer Zeit nur in der Form von Anregungen erfolgten, im Anschluß an den Etat zur Diskussion zu bringen. Eine sehr lebhaft diskutierte Frage wird noch der neuerdings von einem Mitglied des Zentrums eingebrachte Antrag hervorrufen, von der für das Postdienstgebäude in Frankfurt geforderten Summe 300 000 M. abzusetzen, d. h. denjenigen Betrag, der für die Herstellung eines Wästgequartiers des Kaisers erforderlich ist. Das Zentrum hat bekanntlich schon in der Budgetkommission den Versuch gemacht, die Abhebung dieser Summe herbeizuführen, fand aber dort nicht die nöthige Unterstützung.

— Während man auf Grund der Zeitungsmeldungen annahm, daß wenigstens im Ruhrkohlengebiet durch die Aufhebung der Sperre und die Zulassung einer amtlichen Untersuchung bezüglich der gemäßigten Arbeiter eine gewisse Beruhigung eingetreten sei, mußte es aufs Aeußerste überraschen, daß der aus Essen zurückgekehrte Abg. Dr. Hammacher sich in privaten Kreisen in sehr besorgter Weise über den voraussehbaren Verlauf der Dinge in Westfalen äußerte, namentlich mit Rücksicht auf die in der Masse der Bergarbeiter herrschende Aufregung. Man scheint zu fürchten, daß der Strife im Saargebiet, wo bisher zur Beruhigung der Arbeiter noch gar nichts geschehen ist, nicht mehr zu vermeiden sei, und daß nach Ausbruch dieses Strifes die aufgeregten Elemente im Ruhrkohlengebiet die Oberhand bekommen könnten. Offenbar ist diese Gefahr um so geringer, je aufrichtiger und loyaler die westfälischen Grubenbesitzer bei der Durchführung ihres Beschlusses wegen Aufhebung der Sperrmaßregeln verfahren.

— Der Kaiser arbeitete gestern Vormittag im Neuen Palais zunächst einige Zeit allein und hierauf mit dem General-Lieutenant v. Hahnke und empfing sodann den Oberhof- und Hausmarschall v. Liebenau. Später hörte der Kaiser den gemeinsamen Vortrag des Kontre-Admirals Heukner und des Kapitäns zur See, Freiherrn v. Soden-Bibrau. — Im Laufe des Nachmittags erlebte der Kaiser Regierungsangelegenheiten.

— Bei den kaiserlichen Majestäten findet heute Abend im Neuen Palais bei Potsdam eine größere musikalische Abendunterhaltung statt, zu welcher die Einladungen bereits ergangen sind.

— Aus dem Nachlasse der Kaiserin Wilhelme I. und Friedrich ist gegenwärtig ein Theil der dem Zeughaus überwiesenen Geg stände in der geschlossenen Kuppel des Zeughauses probeweise aufgestellt, um von der Zeughaus-Kommission beschäftigt zu werden. Die Geräthe für die endgültige Aufstellung in den oberen Räumen sind in Arbeit, so daß es nicht mehr lange dauern kann, bis die Gegenstände auch der Oeffentlichkeit zugänglich werden.

— Die Kaiserin Augusta ist heute früh 7 1/2 Uhr im besten Wohlsein wieder in Berlin eingetroffen.

— Ueber das künstlerische Talent der Kronprinzessin Sophie ist man in Athen, wie der in Athen erscheinende

„Spectateur de l'Orient“ mittheilt, erkaunt. Dieselbe verwendet täglich mehrere Stunden darauf, die Kunstwerke Athens bildlich darzustellen. Sie wird voraussichtlich mehrere Mitglieder der kaiserlichen Familie schon zum Weihnachtsfeste mit ihren Darstellungen beschenken.

L. C. Prof. Dr. Bülle, der zeitige Abgeordnete für Bremen, der indessen bisher die Uebernahme eines neuen Mandats ablehnt, hat auf dem vorgestrigen freisinnigen Parteitag in Oldenburg eine Rede gehalten, deren Inhalt viel komischer wird. Dr. Bülle, der die Nationalliberalen als „liberal-konservativ“ charakterisiert, gab zu, daß unsere Gegner manchmal Recht gehabt hätten, wenn sie sagten, wir (Freisinnige) stellten unsere Verhältnisse zu sehr vom verbittern Standpunkt dar. „Unsere Gesinnung ist das nicht; aber so, wie sie sich manchmal ausdrückt, haben unsere Gegner Recht bekommen.“ Die freisinnige Partei sei durch und durch monarchisch, aber sehr verschieden von diesem monarchischen Sinn sei der Byzantinismus, wie er sich heute leider so breit mache. Nachdem Bülle die Beschränkung auf das Sachliche im Wahlkampf befürwortet, berührte er einen Punkt, von dem er selbst sagte, alle würden wohl nicht zustimmen. „In sehr vielen Wahlkreisen, meinte er, besteht jetzt das Bedürfnis, eine neue liberale Partei zwischen der deutschfreisinnigen Partei und dem ehemaligen Nationalliberalismus zu begründen. Dieses Bedürfnis müssen wir geschickter Weise begünstigen. 1887, wo ähnliche Ansätze vorhanden waren, ist in dieser Richtung von uns viel verschuldet worden“; was Bülle mit Rücksicht auf Sachsen, Bremen, Braunschweig näher ausführt. Diese neue Partei, welche in den Provinzen die ganze Meeresküste entlang Boden finde, werde die Luft zwischen uns und den Nationalliberalen ausfüllen. Deshalb müßten die Freisinnigen bei den Wahlen nur die Kartellkandidaten belämpfen, jeden, der sich zum Sozialismus bekennt, der die Getreidezölle aufrecht und die Branntwein- und Zuckerversteuer in ihrer bisherigen privilegierten Form erhalten will. „In Wahrheit besteht der Gegensatz heute zwischen den Parteien eigentlich nicht mehr so, daß man ihn einfach mit den Worten „konservativ und liberal“ bezeichnen kann. Vielmehr steht jetzt auf der einen Seite die Partei, welche die Freiheit des Individuums vom politischen, geistigen und wirtschaftlichen Leben vertritt, und auf der andern Seite stehen die Parteien, welche die Autorität des Staates weiter entwickeln wollen, zum Schaden des Individuums.“ Dr. Bülle schloß mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, die Aussicht für die Freisinnigen sei außerordentlich günstig, „daß wir bei den bevorstehenden Wahlen das Kartell getrümmern.“

Frankfurt a. M., 9. Dezember. Gegen den Schluß der Festtage im Saale des Palmengartens erhob sich Oberbürgermeister Miquel zu folgender Rede:

„Ein Gedanke, ein Gefühl vor Allem befehlt an dem heutigen, feierlichen Tage unsere Herzen: der tiefe ehrfurchtsvolle Dank für die hohe Ehre und Gnade, welche Se. Majestät durch Allerhöchstem Besuch dieser Stadt zu erweisen gerubten. Die treue Verehrung und Liebe für die erlauchtesten Vorfahren Sr. Majestät, den hochseligen, lichten Heldenkaiser Wilhelm, welcher dereinst — nur mit Behemuth können wir daran denken — von demselben Blage so gnädige, herzogliche Worte zu uns sprach; und den hochseligen, edlen Kaiser Friedrich, welcher uns schon als Kronprinz so viele Beweise seines Wohlwollens gegeben hat, übertrug uns wie ganz Deutschland auf den erhabenen Erben des Ruhmes, der Weisheit, der Macht und der Volkstüchtigkeit seiner Ahnen. Mit hoher Bewunderung erfüllte er das deutsche Volk, als Se. Majestät, getreu dem erhabenen Wahrspruch des großen Königs Friedrich, in schwerer Zeit entschlossen die Bügel der Regierung Deutschlands und Preußens ergriff und das volle Vertrauen in eine sichere Zukunft den erschütterten Gemüthern wiedergab. Mit freudigem Stolze folgten wir den rastlosen Bemühungen und Anstrengungen Sr. Majestät, unseres Kaisers und Herrn, im Verein mit den hohen Verbündeten den Frieden der Welt, diese unerläßliche Bürgerpflicht fortsetzender Wohlfahrt und Gerechtigkeit auszuüben zu erhalten. Bis hierher gelang das schwere, durch die mächtige deutsche Wehrkraft und durch das friedliebende, aber opferfreudige selbstbewusste Volk unterstützte Werk der Kraft und der Festigkeit unseres erlauchtesten Kaisers wie der Weisheit seiner Rathgeber. Und das Werk wird, dies hoffen wir, mit Gottes Hilfe auch weiter gelingen. So schlagen hoch die Herzen des dankbaren Volkes für seinen Kaiser und König, den höchsten Träger der Macht und Herrlichkeit des endlich wieder geeinten Vaterlandes und sind ihm zugethan für alle Zeiten. Vertrauensvoll, fest und unerschütterlich wird das deutsche Volk dem erhabenen Führer und Lenker seiner Geschicke in friedlichen Tagen und, wenn es sein muß, in Sturm und Weitem folgen. Dies soll es bedeuten, wenn ich Sie auffordere, unsere Gefühle in dem lauten, jubelnden Rufe der Liebe und Treue zusammenzufassen: Se. Majestät unser Allergnädigster Kaiser und König lebe hoch!“

Auf den Toast des Oberbürgermeisters Miquel, der mit stürmischen Hochrufen aufgenommen worden war, erwiderte der Kaiser:

„Mein verehrter Oberbürgermeister! Ich danke Ihnen aus tiefstem Herzen für die freundlichen Worte, welche Sie mir eben im Namen Ihrer gesammten Stadt ausgesprochen haben. Es erfüllt mich eine gewisse feierliche Stimmung, wenn ich bedenke, an welchem Blage ich heute stehe. Wie Sie erwähnten, sprach dereinst Mein hochseliger Herr Großvater hohe Worte der Huld zu Ihnen von dieser Stelle. Nicht in gleichem Maße kann ich mich der Redegewandtheit rühmen, und mir geht auch nicht die Erfahrung und das Alter zur Seite, wie damals dem gewaltigen, ruhmgekrönten Helden. Die Liebe und Begeisterung, die mir hier entgegen geschlagen ist, hier und an manchen anderen Orten Deutschlands, sie ist mir entgegen getragen worden nicht nur als dem Träger der erneuten deutschen Kaiserkrone, sondern auch als dem Enkel des Kaisers Wilhelm und dem Sohne des Kaisers Friedrich, und ich werde mir erst durch ein langes Leben zu verdienen haben, was mir aus treuen Herzen jetzt dargebracht wird. Ich kann Sie aber versichern, daß mir Nichts wohlthuerender ist als dergleichen Worte zu hören, wie ich sie eben vernommen habe. Mein ganzes Streben und meine ganze Arbeit ist darauf gerichtet, Mein Vaterland groß, mächtig und geehrt zu sehen. Von diesem Vorworte befehlt beständig Ich den Thron. In diesem Gedanken lebe ich, und wenn mir auch das Werk zuweilen schwer zu sein scheint, und ich manchmal mich mit dem Gedanken trage, ob ich der Aufgabe gewachsen bin, so ist es für mich immer eine erneute Stärkung, eine neue Auffrischung zu weiterer Thätigkeit und Arbeit, wenn Worte des Vertrauens und der Hingebung, wie Sie an mich gerichtet haben, mir entgegengebracht werden. Ich habe mich heute davon überzeugt, welche Früchte die Jahre gezeitigt haben, während deren es Meinen Vorgängern gelungen, den Frieden zu erhalten, und so Gott will, werden auch Meine hierauf gerichteten Bestrebungen von gleichem Erfolge gekrönt werden, und ich freue mich zu sehen, wie ein mächtiges und gewaltiges Aufschwung dieses Gemeinwesen genommen hat — ein Beispiel für manche andere deutsche Stadt. Sehr wohl aber weiß ich, wenn die Stadt dieses Emporblühens zu danken hat, und ich glaube darin nicht fehl zu gehen, wenn ich es als die Ueberzeugung sämtlicher vereinsamelter Frankfurter ausgespreche, daß nächst Meinen Vorgängern Ihnen die Stadt Frankfurt das Meiste zu verdanken hat. Ich erhebe Mein Glas und fordere Sie auf, mit mir auf das Wohl der Stadt Frankfurt und ihres jetzigen Hauptes zu trinken. Herr Oberbürgermeister Miquel und die Stadt Frankfurt sie leben hoch!“

Portugal

* **Lissabon, 8. Dezember.** Trotz seiner ursprünglichen Weigerung hat Dom Pedro in Lissabon eine Reihe von Ver-

tretern der englischen, französischen und belgischen Presse empfangen, mit denen er sich lange unterhielt. Der Kaiser scheint, so sehr er auch die äußere Ruhe bewahrt, doch durch die Ereignisse, welche seine Entthronung herbeigeführt haben, sehr niedergedrückt. Seine Umgebung fürchtet sogar melancholische Anfälle. Weniger gefaßt als der Kaiser ist die Kaiserin Theresia, welche erregt ausrief: „Niemand werde ich diesen Republikanern die brutale Weise vergessen, mit der sie uns behandelten.“ Auch die Kronprinzessin Isabella ist höchst erbittert. Sie erklärte, Brasilien gehe der Anarchie entgegen, und hofft, die monarchische Partei Brasiliens werde die heutige Republik führen. Den Vorgang bei seiner Entthronung erzählt Dom Pedro in folgender Weise: Der Kaiser erhielt mittels einer Depesche in Petropolis die Nachricht vom Sturz des Kaiserreichs; er eilte sofort nach Rio de Janeiro. Raum war die kaiserliche Familie im Palast eingetroffen, so ließ General Fonseca den Palast eerniren und hielt die kaiserliche Familie 32 Stunden gefangen. Sodann ließ Fonseca den Kaiser sowie seine Familie Mitternachts durch eine Hintertür heraus. Der Kaiser mußte zwischen einem doppelten Spalter Soldaten bis zum Marinearsenal gehen, wo er mit seiner Familie das bereitstehende Kriegsschiff „Barnagoya“ bestieg, das ihn jedoch nur bis Ilhagrande, 90 Kilometer von Rio, führte. Erst da stieg die kaiserliche Familie an Bord des Kriegsschiffes „Algoas“. Die Ueberladung erfolgte trotz des kümmerlichen Meeres auf einfachen Schaluppen. Die Kaiserin Theresia war überaus erregt und weinte bitterlich. Auf ein gegebenes Zeichen fuhr der „Algoas“ ins offene Meer. Dom Pedro theilte ferner mit, daß er die angebotene Civilliste zurückweise. Graf Eu begiebt sich vorläufig nach Madrid.

Parlamentarische Nachrichten.

Oldenburg, 8. Dezember. Ein freisinniger Parteitag für Oldenburg, Hannover und Bremen fand am Sonntag hier statt. In die Verammlung der Vertrauensmänner schloß sich eine allgemeine Verammlung am Abend, an der 2000 Personen Theil nahmen und in welcher der Abg. Bülle und Herr Hinge-Berlin unter lebhaftem Beifall Ansprachen hielten.

Germisantes.

† Der berühmte Dramatiker Ludwig Angenruder ist, wie ein Telegramm aus Wien schon gestern gemeldet hat, gestorben. Nur ein Alter von 50 Jahren war dem erfolgreichen Dichter beschieden. Am 29. November 1839 war er in Wien als Sohn eines Subalternbeamten geboren und durch den frühen Tod seines Vaters genöthigt, seine Studien zu unterbrechen und als Autodidakt weiterzuarbeiten. Nach einem wechselvollen Leben erschien 1870 sein „Parrer von Kirchfeld“, der bestimmend für seine weitere Laufbahn war und ihn ganz der Schriftstellerei zuführte. Seine dramatische Thätigkeit wies von da an eine Reihe zum Theil großartiger Erfolge auf. Indessen nicht alle Schöpfungen des Dichters stehen auf gleicher Höhe. Er selbst gab den Volkstücken „Parrer von Kirchfeld“, „Kreuzschreiber“, „Reinoldsbauer“, „Das vierte Gebot“ den Vorzug. Andere Dramen von ihm sind „Estriede“, „Der Gewissenswurm“, „Hand und Herz“, „Der ledige Hof“ u. Auch als erzählender Dichter hat Angenruder namhafte Erfolge erzielt. Noch vor wenigen Tagen wurden ihm aus Anlaß seines fünfzigsten Geburtstages von zahlreichen literarischen Körperschaften aus den verschiedensten Städten Deutschlands und Oesterreichs ehrende Glückwünsche dargebracht. Damals ahnte wohl Niemand, daß der Gefeierter so plötzlich aus dem Leben scheiden würde.

† Eine Feuersbrunst hat am Montag in Amsterdam das Hotel und Café Suisse sowie die nebenliegenden Häuser zerstört. Ein achtjährige Knabe ist dabei verbrannt.

Lokales.

Posen, 11. Dezember.

a. **Polnische Wählerverfassungen.** Am 8. d. M. fand eine Wählerversammlung für den Kreis Thorn in Kulmsee statt. Als Kandidaten wurden aufgestellt: Herr v. Szanielski-Kawra, welcher den Wahlkreis schon wiederholt im Reichstage vertreten hat, und Herr Ludw. v. Szanielski. — Wählerverfassungen finden ferner statt für den Kreis Berent am 13. d. M., für den Wahlkreis Konig-Luchel am 15. d. M. und am 29. d. M. eine Delegirten-Versammlung, an welcher auch das Provinzial-Wahlkomitee für Westpreußen theilnehmen wird, findet am 19. d. M. in Graudenz statt; in derselben sollen die Kandidaten für die einzelnen Wahlkreise aufgestellt werden.

d. **Vortrag.** Der hiesige Geistliche Dr. Kubowicz, welcher Aegypten besucht hat und mit dem bekannten Kardinal Lavigerie in Verbindung steht, hielt am 9. d. M. im Bazarssaal vor einem zahlreichen polnischen Publikum, welches besonders aus Damen bestand, einen Vortrag über die Sklaverei in Afrika; es wurden in demselben besonders die Bestrebungen des Kardinals Lavigerie erörtert, auch Mittheilungen über die Expeditionen Gordons, Stanleys, Emin Paschas, Wissmanns u. gemacht. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifalle aufgenommen.

a. **Aufbau eines Eiskellers.** Bei der diesjährigen Bauhätigkeit in unserer Stadt trat die eigenthümliche Erscheinung zu Tage, daß die Daulust erst im Hochsommer und Herbst eine regere wurde, nachdem sie im Frühjahr fast gänzlich geruht hatte. Erst im August und September oder noch später wurden gerade die größeren Neubauten in Angriff genommen, so daß dieselben zum Theil nicht mehr unter Dach gebracht werden konnten. Auch auf dem Gebrüder Huggerschen Eiskeller-Grundstücke auf der Halldorffstraße ist noch im Spätherbst mit dem Aufbau des dort befindlichen Lagerkellers begonnen worden. Bei der günstigen Witterung im November konnte der Bau, der hinsichtlich seines Umfangs dem eines großen Wohnhauses gleichkommt, soweit gefördert werden, daß noch vor Eintritt des Frostes ein Theil des Daches aufgestellt werden konnte. Schon heute treten die gewaltigen Räume des Eiskellers und des Kühlhauses, um deren Bergöberung es sich vornehmlich handelt, deutlich hervor. Die äußeren Umfassungswauern des Neubaus weisen eine Stärke von 4 1/2 Ziegelmessungen oder 1,17 Meter auf und sind, um das Eindringen der Wärme in die inneren Räume zu verhindern, mit Doppellagen zur Isolirung der Luft versehen. Der Eiskeller wird Raum zur Aufnahme von 100 Vottichen größten Rauminhalts bieten und soll, wie wir erfahren, mit künstlicher Kühlung versehen werden. Der Aufbau des Eiskellers, der übrigens aus Rücksicht auf die Erhaltung einer hinreichend hohen Temperatur in dem Keller so spät begonnen werden mußte, soll, soweit es die Temperatur gestattet, auch während des Winters gefördert werden. Zeitig im nächsten Frühjahr werden alsdann die Gebrüder Huggers im oberen Theile des Eiskeller-Grundstücks eine neue Brauerei größten Stills aufzuführen und dieselbe nach den neuesten Erfahrungen einrichten lassen. So wird unter Anderem eine hiesige Eismaschine für die Kühlung der Lager- und Eiskeller aufgestellt werden. Sämmtliche Räumlichkeiten der neuen Brauerei sollen elektrische Beleuchtung erhalten. Der ausführende Baumeister und die Maschinenfabrikanten haben sich verpflichtet, die Brauerei bis zum Monat Juli f. z. betriebsfähig herzustellen.

* Aus dem Polizeibericht. Zwangsweise ger einigt wurden die Bürgersteige vor mehreren Häusern. — Verloren: Ein Pelzragen auf dem Wege von der Großen Gerber- nach der Kleinen Ritterstraße und ein Siegelring. — Gefunden: ein grauwollenes Umschlageuch in der Mühlenstraße.

* **Leichenfund.** Gestern Vormittag ist unmittelbar an der Mündung des Biersebach in die Warthe die Leiche einer unbekanntes Frauensperson aufgefunden worden. Dieselbe muß mindestens 4 Wochen im Wasser gelegen haben; das Gesicht ist bereits bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Die Leiche wurde nach dem städtischen Krankenhause geschafft.

* **Vor dem Rittershore,** an dem sogenannten Tambourloche, sind gestern 3 Kohlendiebe verhaftet worden; dieselben hatten ihre Kohlenlade zurückgelassen, in welchen man fünf Brode vorfand.

Militärisches.

r. **Personalveränderungen im V. Armeekorps.** Herzberg, Major und Unterdirektor der Art.-Berkant zu Stralsburg i. C., unter Befehlzung à la suite des Niederst. Fuß-Regis. Nr. 5, zum Direktor der Geschloßfabrik zu Siegburg ernannt.

Handel und Verkehr.

** **Berlin, 10. Dezember. Central-Markthalle.** [Amtlicher Bericht der städtischen Marktbehörden über den Großhandel in der Central-Markthalle.] Marktlage. Fleisch. Starke Zufuhr schlepplendes Geschäft. Balonier höher. Wild und Geflügel. Die Zufuhr von Gochwild ist knapp, Damwild sehr hoch bezahlt, auch Hasen und Kaninchen im Preise gestiegen. Prima Hasen sehr gesucht und theuer. Bahmes Geflügel unverändert. Fische. Zufuhr in lebenden Fischen spärlich, in Seefischen genügend, in Schollen überreichlich. Preise niedrig. Geschäft ziemlich reger. Butter. Geschäft ruhig, Preise fest. Käse Unverändert. Obst, Gemüse. Südfrüchte. Unverändert.

Fleisch. Rindfleisch Ia 53—58, IIa 42—48, IIIa 35—38, Kalb- fleisch Ia 58—65, IIa 42—54, Hammelfleisch Ia 50—55, IIa 42—48, Schweinefleisch 60—65, Balonier do. 59—60 M. per 50 Kilo.

Geräucherter und gesalzener Fleisch. Schinken ger. mit Knochen 80—100 M., Speck, ger. 75—80 M. per 50 Kilo. Wild. Damwild per 1/2 Kilo 0,50—0,65, Rothwild per 1/2 Kilo 0,40—0,50, Rehwild Ia 0,70—0,80, IIa bis 0,60, Wildschweine 0,40—0,50 M., Hasen per Stück 3,00—3,80 M.

Wildgeflügel. Fasanenbühne 3,50—4,50 M., Fasanenbühnen 2,50—2,90 M., Wildenten 1,00—1,40 M., Seeenten 50—75, Krickenten — M., Waldschneepfen 3,50 M., Rebhühner, junge bis 1,25 M., alte 80—90 M. per Stück.

Bahmes Geflügel, lebend. Gänse, 2,75—3,50, Enten 1,10—1,80 M., Puten —, Hühner alte 0,70—1,25, do. junge — bis — M., Tauben 0,50 M. per Stück.

Fische. Dichte pr. 50 Kilogr. 57—68, Zander 60—76, Barsche —, Karpfen große 80 M., do. mittelgr. 70 M., do. kleine 63—65, Schleie 94 M., Heie 45 M., Aalad 50 M., bunte Fische (Wlbe u.) 37 M., Aale, große — M., do. mittelgroße — M., do. kleine — M., Krebse, große, u. Schw. — M., mittelgr. 2,50—4,00 M., do. kleine 10 Centimeter 1,40—1,50 M.

Butter u. Eier. Ost- u. westpr. Ia 118—120 M., IIa 112—115, schlesische, pommerische und polnische Ia 116,00—118,00, do. do. IIa 112—115 M., ger. Hofbutter 108—110 M., Landbutter 85—95 M., — Eier. Hochprima Eier 4,00—4,20 M., Kalketer 3,80 M. per Schock netto ohne Rabatt.

Gemüse und Früchte. Dabersche Speisefartoffeln 1,20—1,60 M., do. blaue 1,20—1,60 M., do. weiße 1,20—1,60 M., Rimpansche Delikatess 5—6 M. Zwiebeln 6,50—7,50 M. per 50 Kilogr., Mohrrüben, lange per 50 Liter 1,00 M., Blumenkohl, per 100 Kopf 20—30 M., Kohlrabi, per Schock 0,50—0,60 M., Kopfsalat, inländisch 100 Kopf — M., Spinat, per 50 Str. 1,50 M., Kohlrabi 3—5 M., Tafeläpfel, diverse Sorten —, M. per 50 Kilo, Kohlrüben per 50 Liter 7—8 M., Tafelbirnen bis 10—20 M., Weintrauben n. 50 Kg. div. brutto mit Korb, 25—40 M., ungar. do. 10—40 M., italienische do. 35 bis 40 M., Äpfel, per 50 Kilogr. franz. Marbois 28—30 M., franz. Cornes — M., rheinische 22—26 M., rumänische — M., Tafeläpfel, rund, Siglitaner 26—28 M., do. lang. Neapolitaner 46—50 M., Paranaße 35—48 M., franz. Krachmandeln 92—95 M.

** **Berlin, 7. Dezbr.** (Original-Wochenbericht für Stärke und Stärkefabrikate von Max Saberski.) Prima Kartoffel- mehl 16 1/2—17 1/2 M., Ia. Kartoffelstärke 16 1/2—17 1/2 M., IIa. Kartoffelstärke und Mehl 14 1/2—15 1/2 M., feuchte Kartoffelstärke loco und Parität Berlin 7,50 M., Frankfurter Gruppfabriken zahlen frei Fabrik Frankfurt a. O. 7,30 M., gelber Syrup 17—17 1/2 M., Capillair-Esprit 19 1/2 bis 20 M., Capillair-Syrup 18—19 M., Kartoffelzucker-Capillair 18 1/2—19 1/2 M., Kartoffelzucker gelber 17 1/2—18 M., Rum-Couleur 24—26 M., Bier-Couleur 34—36 M., Dextrin gelb und weiß Ia. 27—28 M., do. segunda 24—25 M., Weizenstärke (kleinst.) 36—37 M., do. (größt.) 40—41 M., Galleische und Schlesische Stärke 40—41 M., Schabe- Stärke 30—31 M., Reis-Stärke 30—31 M., Reisstärke 45—47 M., Reisstärke 43—44 M. Alles per 100 Kilo ab Bahn bei Partien von mindestens 10 000 Kilo. (R. 3.)

** **Berliner Konkursnachrichten.** In dem Konkurs über das Vermögen 1) des Kaufmanns Albert Waslewski, in Firma S. v. Bor- chardt, wurde in der ersten Gläubigerversammlung dem Verwalter Conradi ein Gläubigeraussschuß, bestehend aus dem Herrn Th. Seligmann, dem Direktor des Deutschen Kreditoren-Verbandes, Grünstr. 56, und den Kaufleuten Weyl, Königsstr. 8 und Treubler, Andreasstr. 45, zur Seite und vom Verwalter den etwa 20 423 M. betragenden For- derungen ohne Vorrecht eine Dividende von 9 Prozent in Aussicht ge- stellt. 2) Des Posamentenhändlers Moriz Jacoby jr. schätzte der Ver- walter Rosenbach im ersten Termin die Aktiva auf 25 638 M., die be- vorrechtigten Forderungen auf 5163 M., die vorrechtlichen Forderungen auf 126 700 M. und die den letzteren in Aussicht stehende Dividende auf 16 1/2 Prozent. Die Gläubiger wählten die Kaufleute Gustav Frän- kel, Hermann Fränkel und Siegmund Golin zu einem Gläubigeraus- schusse und bewilligten dem Kridar eine Kompetenz von 300 M. Ber- schulte Börsenspekulanten haben eine Inanspruchnahme von 104 035 M. und schließlich, das Konkursverfahren herbeigeführt. 3) Des Posamen- tenhändlers Julius Bester stellte der Verwalter Rosenbach im ersten Termin den Forderungen ohne Vorrecht von 48 100 M. eine Divi- dende von 4 1/2 Prozent in Aussicht. — 4) Des Kaufmanns Moriz Weiß, in Firma Weiß u. Beer, befristete der Verwalter Fischer im heutigen Prüfungstermin die Forderungen ohne Vorrecht mit 53 000 M. und die demselben in Aussicht stehende Dividende mit 34 Prozent. Falls jedoch eine in Höhe von 40 500 M. angemeldete Forderung aner- kannt wird, fällt die Dividende 15 bis 16 Prozent. — 5) Des Kauf- manns J. S. Friedländer konnte der Verwalter Dietz im heutigen Termin den Forderungen ohne Vorrecht von ca. 40 000 M. nur eine Dividende von 4 Prozent in Aussicht stellen. — Konkurs ist eröffnet über das Vermögen des Schlächtermeisters Ferdinand Beller hier, Frankfurter Allee 144/145. Konkursverwalter ist der Kaufmann Dietz, Holzmarktstraße 47. Anmeldefrist bis 31. Dezember. Termin 19. De- zember d. J.

** **Leipzig, 7. Dezember.** (Woll-Bericht.) In Rammzug war das Geschäft in der verfloffenen Woche naturgemäß ruhiger, weil sich die vorhergehenden durch außergewöhnlich große Umsätze ausgezeichnet hatten. Eine Preisveränderung in der Werthstufe des gesammten Rammzugmaterials ist dagegen nicht zu konstatiren, wenn auch einzelne Konsumenten versuchten zu billigeren Preisen anzukommen, als die Herstellung von Zug augenblicklich möglich ist. In Rammzügen blieb der Bedarf reger und haben die Preise gegen die letzte Bersteigerung gewonnen.

Table with columns for 'Festsetzungen der südlichen Markt-Deputation', 'gute', 'mittlere', and 'geringe Waare'. It lists various goods like wheat, rye, and barley with their respective prices.

Ämtlicher Marktbericht der Marktcommission in der Stadt Posen vom 11. Dezember 1889.

Table listing market items (Gegenstand) such as wheat, rye, and barley, categorized by quality (gute, mittel, gering) and price.

Table titled 'Andere Artikel' listing various goods like sugar, oil, and other commodities with their prices.

Table titled 'Marktbericht der Kaufmännischen Vereinigung, Posen, den 11. Dezember' listing prices for various goods like wheat, rye, and barley.

Bojener Wochenmarkt. n. Posen, 11. Dezember. Der Rentner Roggen 8,65-8,75 M., Weizen bis 9,20 M., Gerste 7,75-8 M., Hafer 8 M., blaue Lupine 6 M., weiße Bohnen 9 M. Das Schod Stroh 39-40 M., im Einzelnen wurden die Bunde mit 75-90 Pfennig bezahlt. Heu nur in Gebunden zu 25-30 Bfg. Auf dem neuen Markt standen 5 Wagen mit Äpfeln. Die kleine Tonne 1,20-1,50 M. Die Kartoffelzufuhr auf dem Alten Markte im Ueberflusse; der Rentner weiße Kartoffeln 1,20 M., rote 1,30 M. Die Mandel Weißholz 90 Bfa. bis 1,40 M. Wunden 1,20-1,30 M. pro Zentner. Geflügel reichlich. Puten von 4,50-8,50 Mark. Gänse von 3,50 bis 9 M. je nach Qualität, 1 Paar Enten 2,25-3 Mark. Ein Paar Hühner 1,40-2,75 M. Die Mandel Eier 1 bis 1,10 Mark. Das Pfund Butter 1 bis 1,10 M. Ein Liter Milch 14 Bf. Grünzeug in kleinen Bunden zu 5-8 Pfennige. Der Auftrieb auf dem Viehmarkte in Fettschweinen war heute stärker. Das Geschäft lau. Der Rentner Lebendgewicht 42 bis 45 Mark. Ferkel und Jungschweine fehlten. Rälber äußerst wenig, das Pfund Lebendgewicht 22-26 Bf. Hammel unbedeutend. Rinder standen zum Verkauf 12 bis 15 Stück im Preise von 18-22 Mark. Der Fisch-

markt mit besserem Angebot versehen, verkehrte ruhig. Das Pfund Hechte 65-70 Pfennige, Karpen 70 bis 75 Pfennige, Bleie 80-85 Pfennige, Zander und Barwine 60 Bf., Schleie, nur kleine, 60 Bf. Grüne Serring Knapp, die große Anzahl der Fleischwaren enthielten großen Ueberflusse an Fleischwaren aller Sorten, auch in auffallend schöner Qualität. Schweinefleisch etwas billiger, im Uebrigen die Preise fest. Der Markt auf dem Sapochaplatz hatte ein bedeutendes und großes Angebot, namentlich in Geflügel. Gänse von 3,50 bis 10 M., geschlachtete Ferkel, das Pfund 60-70 Pfennige. Puten 4-9 Mark. Ein Paar Hühner 3-3,50 M. Ein Paar Enten bis 3,75 M. Ein Gans 2-3,25 M. Ein Paar Rebhühner 2-2,20 M. Das Pfund Butter 1-1,20 Mark. Die Mandel Eier 1,10 M.

Börse zu Posen. Posen, 11. Dezember. [Ämtlicher Börsenbericht.] Spiritus, Geflügel. — L. Rindungsbreis (50er) 49,60, (70er) 30,10. (Solo ohne Fass) (50er) 49,60, (70er) 30,10. Posen, 11. Dezember. [Börsenbericht.] Spiritus mitter. (Solo ohne Fass) (50er) 49,60 (70er) 30,10.

Table titled 'Börsen-Telegramme' listing various market news and prices for different commodities.

Table listing various market news and prices for different commodities, including wheat, rye, and other goods.

Telegraphische Nachrichten.

Brüssel, 11. Dezember. Die erste Kommission des Antislaverie-Kongresses hat gestern die ihr unterbreitete Vorlage berathen, insbesondere die Bestimmungen über die Verpflichtungen der Mächte und die Strafbestimmungen gegen diejenigen, die sich des Handels mit flüchtigen Sklaven schuldig machen. Zu mehreren der Artikel wurden Vorbehalte gemacht oder Änderungen beschlossen. Zanzibar, 11. Dezember. Wie das "Bureau Reuter" meldet, sind die mit Emin Pascha hier angekommenen Mannschaften nach Bombasa abgefeuert, um die Ankunft des sie abholenden ägyptischen Dampfers zu erwarten. Newyork, 11. Dezember. In Johnstown (Pennsylvania) entstand gestern Abend während einer Opernvorstellung blinder Feuerlärm. In dem durch eine panikartige Flucht der Theaterbesucher herbeigeführten Gedränge sind mehrere Personen getödtet und gegen 30 verletzt worden. Zanzibar, 11. Dezember. 10 Deutsche griffen vorgestern unter Lieutenant Schmidts Führung Buschiri an, welchem 28 Mann getödtet wurden. Buschiri entkam durch die Flucht. Von den Deutschen wurden drei verwundet.

3. Klasse 181. Königlich Preuss. Lotterie.

Large table containing lottery numbers for the 3rd class of the 181st Prussian Lottery, listing numbers from 1 to 1000.

Stettin, den 11. Dezember. (Telegr. Agentur von Alb. Hichtenstein.)

Table listing market news and prices for different commodities in Stettin.

Petroleum loco verfeuert Uianze 1 1/2. Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Dessechen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wetterbericht vom 10. Dezember, Morgens 8 Uhr

Table providing weather reports for various stations, including temperature, wind direction, and weather conditions.